



Ökumenisches Netz Zentralafrika · Chausseestr. 128/129 · D-10115 Berlin



Herrn Bundespräsident
Horst Köhler

11010 Berlin

Dr. Karin Müller
Kordinatorin

Ökumenisches Netz
Zentralafrika
Chausseestr. 128/129
D-10115 Berlin

Telefon
0049 [30] 48 62 57 00

Fax
0049 [30] 44 35 19 86

e-Mail
office@oenz.de

Berlin, 12. Dezember 2007

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

gerne möchten wir Ihre geplante Reise nach Ruanda und Uganda zum Anlass nehmen, um auf die Konflikte in der Region der Großen Seen insbesondere aus der Perspektive unserer afrikanischen Partner hinzuweisen. Ruanda hat einerseits einen in mehrfacher Hinsicht durchaus beeindruckenden Aufschwung vorzuweisen. Doch im Land selbst haben viele Menschen Angst. Sie haben Angst vor Verfolgung, wenn sie aussprechen, was sie wirklich denken bzw. erleben. Im Ostkongo herrscht eine sich immer noch weiter zuspitzende Konfliktsituation, an der Ruanda direkt mitverantwortlich ist. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht. Dieser Krieg, der seinen Anfang mit dem Genozid in Ruanda und der darauf folgenden Flüchtlingswelle nahm, hat bis heute mehr als vier Millionen Menschen das Leben gekostet. Dörfer in den Provinzen Nord- und Südkivu werden regelmäßig geplündert, Menschen getötet, Frauen und Mädchen auf bestialischste Art und Weise vergewaltigt. Tausende sind auf der Flucht.

Noch immer halten sich große Gruppen von Hutu-Milizen, darunter ruandische Genozidverbrecher, im Ostkongo auf. Sie verstecken sich dort, da sie Rache oder auch eine Strafverfolgung in Ruanda fürchten. Die dortigen Gacaca-Gerichte haben den Ruf, viel neues Unrecht hervor zu bringen. Die Rückkehr der Hutu-Kämpfer aus dem Kongo, aber auch jede nachhaltige Versöhnung hängen von einer wirklichen Demokratie und unabhängigen Gerichten in Ruanda ab. Noch am 2. November 2007 richtete Amnesty International einen öffentlichen Appell an alle Regierungen weltweit, keine des Völkermords Verdächtigten mehr an Ruanda auszuliefern, da dort ein faires Gerichtsverfahren nicht garantiert sei.

Hutu-Milizen rekrutieren im Kongo Kinder und Jugendliche. Der Tutsi-Rebellenführer Laurent Nkunda, der in der Kivu Region sein Unwesen treibt, geht ebenso brutal gegen die kongolesische Bevölkerung vor. Er verteidigt sein Handeln damit, dass er für die Sicherheit der kongolesischen Tutsi sorgen müsse. Man vermutet, dass diese Propaganda vorgeschoben wird, um Zugang zu Rohstoffen auf kongolesischem Staatsgebiet zu bekommen. Aus Handelsbilanzen geht hervor, dass seit Jahren Rohstoffe illegal über Ruanda ausgeführt werden.

Bereits 2001 wurde in einem ersten Bericht einer UN-Arbeitsgruppe festgestellt, dass Burundi, Ruanda und Uganda am Schmuggel von Rohstoffen aus Konfliktgebieten in der DR Kongo beteiligt sind. Seitdem sind zahlreiche Analysen über den Zusammenhang von Rohstoffexport und Krieg in der Region erschienen. In einem aktuellen Bericht der International Crisis Group, der bestätigt, dass dieser Rohstoffraub noch immer stattfindet und die Wurzel des Konfliktes im Ostkongo ist, wird auch auf die Rolle Nkundas hingewiesen, der unter den Augen der ruandischen Regierung laufend neue Soldaten aus Ruanda rekrutiert.

Uns erscheint besorgniserregend, dass eine regierungsnaher ruandische Zeitung mittlerweile Propaganda gegen die kongolesischen Nachbarn macht, indem man ihnen unterstellt, sie gingen gezielt mit militärischer Gewalt gegen Ruanda vor. Den Hinweis auf das Sicherheitsrisiko für ihr eigenes Staatsgebiet verwendet die ruandische Regierung seit Jahren, um damit die verheerenden Auswirkungen ihrer Kivu-Politik zu rechtfertigen.

Und die Bevölkerung im Osten der DR Kongo muss weiterhin „am eigenen Leib“ die Auswirkungen dieser ungelösten Probleme zwischen Ruanda und der DR Kongo ertragen. Sie hat keine Kraft mehr, die gegen sie begangenen Menschenrechtsverbrechen zu ertragen. Ohne internationalen Druck auf Ruanda wird aber im Kivu kein Frieden einkehren.

Bei allem darf die politische Gesamtproblematik in Ruanda nicht übersehen werden. Amnesty International macht schon länger auf die äußerst bedenkliche Menschenrechtslage dort aufmerksam. Es besteht der Eindruck, dass sich das Land auf dem Weg zur Ein-Parteien-Herrschaft und Diktatur befindet, insbesondere seit Paul Kagame 2003 unter fragwürdigen Umständen zum Präsidenten gewählt wurde. Die Regierungseite denunziert und verfolgt jede Form von Opposition im Lande gnadenlos. Journalisten werden eingeschüchtert und aktiv angegriffen. Das GIGA Institut für Afrikastudien bezeichnet Ruanda in einem aktuellen Bericht als Autokratie und betont, dass nur eine intensive internationale Begleitung der Wahlen 2008 und ein kritischer Umgang mit den Ergebnissen wenigstens einen kleinen Schritt in Richtung Demokratie bewirken könnten.

Herr Bundespräsident, wir möchten Sie bitten, während Ihres Besuchs im „Land der tausend Hügel“, bei aller Würdigung der Fortschritte, in offiziellen Gesprächen auch die demokratischen Defizite, nachhaltige Versöhnung, eine faire juristische Aufarbeitung des Genozids und mit Nachdruck die Lage im Ostkongo und die Rolle Ruandas dort anzusprechen.

Einige der Vertreter unserer kirchlichen Hilfswerke, die mit anderen diesen Appell an Sie richten, haben viele Jahre in der Region gelebt. Noch heute bestehen enge Partnerkontakte. Täglich bekommen wir derzeit Mitteilungen über die Grauen im Osten des Kongos. Gerne würden wir Ihnen in einem persönlichen Gespräch mehr Details berichten.

Wir kennen und schätzen Ihr immer neues Eintreten für Afrika und Ihren Einsatz für die Menschen in den afrikanischen Ländern. Deshalb hoffen wir auf Ihr Interesse für unsere Ausführungen zum Gebiet der Großen Seen und freuen uns auf eine Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Karin Müller
für **ÖNZ**

Sr. Margret Tovar
für **NAD**

Dr. Ulrich Möller - **Evangelische Kirche von Westfalen**

Dr. Heinz Werner Wessler - **Pax Christi**

Dr. Raoul Bagopha – **Misereor**

Dr. Jochen Motte - **Vereinte Evangelische Mission**

Ulrich Delius - **Gesellschaft für bedrohte Völker**

Monika Wucherpfennig – **Diakonie (Referat Menschenrechte)**

Joachim Jung und Ellen Gutzler - **Brot für die Welt**

Cc: Bundespräsidialamt
Leiter der Abteilung Ausland (Afrika), Ref. 22
Spreeweg 1
10557 Berlin